

1 Resolution #RefugeesWelcome

2 Gewerkschaftsjugend zur aktuellen Flüchtlingssituation

3

4 Präambel

5 Millionen Menschen sind derzeit aus den Krisengebieten der Welt auf der Flucht – allein in Deutsch-
6 land werden ca. eine Million Geflüchtete in diesem Jahr erwartet. Sie flüchten, weil ihr Leben in ihrer
7 Heimat vor Krieg, Terror und Gewalt bedroht ist. Sie nehmen aus purer Verzweiflung die überbezahlte
8 Hilfe in Anspruch, um sich auf einen lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer zu machen. Oder
9 sie legen zu Fuß abertausende von Kilometern zurück, um an den Grenzzäunen Europas zu stranden.
10 Diejenigen, die es nach Deutschland schaffen, werden bedauerlicherweise nicht immer mit offenen
11 Armen empfangen. Rassist_innen und Neonazis gehen überall in Europa mit dumpfen Hassparolen
12 gegen Menschen vor, die in größter Not ihr Land verlassen haben und in Europa Hilfe suchen. Die
13 „MigrantCrisis“ wie die aktuellen Flüchtlingsströme in weltweiten Medien bezeichnet werden, ist in
14 unseren Augen an vielen Stellen zu einer Krise der Menschlichkeit geworden. Dem wollen wir als
15 Gewerkschaftsjugend mit dieser Resolution ein politisches Signal entgegenen:

16 Wir heißen Geflüchtete Willkommen!

17 Wir treten dem Rassismus der zurzeit in Deutschland, Österreich und Europa vermehrt auftritt ent-
18 schieden entgegen!

19 Wir setzen uns ein für eine Willkommenskultur in der Gesellschaft, im Bildungs-, Ausbildungs- und
20 Arbeitsmarkt!

21 1. Flucht und Fluchtursachen weltweit

22 Die weitaus meisten Geflüchteten retten sich in sichere Regionen im Inland oder in angrenzende
23 Staaten. Nur etwa 1 Prozent sucht Schutz in Europa und in Deutschland. Vom 1. Oktober 2013 bis
24 zum 31. September 2014 wurden in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union insgesamt
25 538.990 Asylanträge gestellt, davon knapp ein Drittel in Deutschland¹. In absoluten Zahlen hat
26 Deutschland in diesem Zeitraum im EU-Vergleich zwar die mit Abstand meisten Flüchtlinge aufge-
27 nommen. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung rangierte es mit 213 Asylsuchenden auf 100.000
28 Einwohnende demgegenüber nur im europäischen Mittelfeld. In Schweden (821 Asylsuchende auf
29 100.000 Einwohner_innen) oder Malta (332 Asylsuchende auf 100.000 Einwohner_innen) waren die
30 relativen Flüchtlingszahlen deutlich höher als in der Bundesrepublik.

31 Gegenüber den Vorjahren steigt die Zahl der Asylsuchenden stark an. Die Gründe für den Anstieg
32 sind vor allem der Bürgerkrieg in Syrien und dem Irak sowie die problematische Situation von Roma
33 in Serbien. Da es keine sicheren Fluchtwege aus den Herkunftsländern heraus gibt, machen sich die
34 Menschen aus der Not heraus zu Fuß auf den Weg oder wagen die lebensgefährliche Überfahrt über
35 das Mittelmeer. Die Tatsache, dass die Europäische Union in den letzten Jahren viel Geld und Arbeit
36 investiert hat um Flüchtlingen die Einreise in ein EU-Land zu erschweren, führte nicht zuletzt dazu,
37 dass seit dem Jahr 2000 mindestens 27.000 Menschen auf ihrer Flucht auf den europäischen Konti-
38 nent ums Leben gekommen oder spurlos verschwunden sind. Aber nicht nur das Mittelmeer hat sich
39 zu einem Massengrab entwickelt: Auch an der ungarischen Grenze zu Serbien über die viele Flücht-
40 linge über die so genannte Balkanroute versuchen nach Europa zu gelangen, hat sich die humanitäre
41 Situation besonders verschärft. Die rechtskonservative Regierung in Ungarn etabliert dort eine men-
42 schenverachtende Flüchtlingspolitik.

¹ Eurostat: Data in focus 15/2014: Population and social conditions – Autor: Alexandros Bitoulas

43 Die Gewerkschaftsjugend fordert, dass legale Fluchtwege geschaffen werden, die es Flüchtlingen
44 ermöglichen nach Europa zu gelangen, ohne dabei ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Neue Grenzkontrol-
45 len, neue Grenzsicherungsanlagen und ein militärisches Vorgehen gegen Schlepper, Schleuser und
46 Fluchthelfer_innen werden das Sterben an den europäischen Grenzen nicht eindämmen. Sie wirken
47 stattdessen als Konjunkturprogramm für Schleuser, die den Preis für illegalisierte Fluchtwege in die
48 Höhe treiben können, was letztlich zu noch mehr Toten auf den noch gefährlicheren Fluchtrouten
49 führen. Der einzige richtige Schritt gegen die Misshandlung von Geflüchteten durch Schleuser kann
50 nur die Legalisierung der Einreise sein (z.B. durch die Möglichkeit in Botschaften Asyl zu beantragen
51 und die Einrichtung sicherer Fluchtwege, per Flugzeug- und Schiffs- und Zugverbindungen). Die Euro-
52 päische Union darf in einer solchen Krise nicht allein hinter nationalstaatliche Interessen zurück fal-
53 len: Wir fordern die Abschaffung der Dublin II und III Verträge, die u.a. regeln dass das Land für ei-
54 nen Asylantrag zuständig ist, indem der_die Asylbewerber_in zum ersten Mal europäischen Boden
55 betreten hat. Wir fordern stattdessen eine Verpflichtung *aller* EU-Staaten Geflüchtete aufzunehmen
56 und menschenwürdig zu versorgen sowie unterzubringen.

57

58 2. Geflüchtete in Europa

59 Die Aufnahme und Integration von Geflüchteten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wie groß
60 die Herausforderung für Länder und Kommunen, für Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft auch sein
61 mag, schnell auf die steigenden Flüchtlingszahlen zu reagieren: alle Akteure müssen es als ihre Auf-
62 gabe ansehen, eine menschenwürdige Unterbringung, Versorgung und Integration zu gewährleisten.
63 In der aktuellen Situation leben viele Geflüchtete in menschenunwürdigen Gemeinschaftsunterkünft-
64 en, bei denen weder ein familiärer Zusammenhalt, noch Angebote zur Integration und Vorbereitung
65 zur Aufnahme von Erwerbstätigkeit gewährleistet werden. Wir begrüßen, dass Geflüchteten nun in
66 immer mehr Bundesländern der Zugang zu ärztlicher Versorgung mit einer Gesundheitskarte gewährt
67 wird. Geflüchtete und folglich auch Geflüchtete ohne Papiere haben grundsätzlich ein Recht auf kos-
68 tenfreie medizinische Versorgung und müssen freien Zugang zu dieser genießen, ohne dass ihre per-
69 sönlichen Daten an die Ausländerbehörde weitergeleitet werden. Darüber hinaus fordern wir men-
70 schenwürdige Unterbringungen und die Einhaltung qualitativer Mindeststandards sowohl in
71 Erstaufnahmeeinrichtungen wie in Übergangseinrichtungen. Dort bedarf es immer ausreichend sani-
72 tärer Einrichtungen sowie eine vollwertige Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln. Darüber
73 hinaus müssen Unterkünfte über eine infrastrukturelle Anbindung (ÖPNV, Einkaufsmöglichkeiten,
74 Schulen etc.) verfügen. Wir lehnen die dauerhafte Unterbringung in Massenunterkünften wie Turn-
75 hallen oder gar Zelten ab. Es bedarf eines massiven Ausbaus des sozialen Wohnungsbaus, der auch
76 die Integration der Geflüchteten durch ausgeglichene Verteilung in allen Stadtteilen- und Kreisen be-
77 fördert. Wir fordern insgesamt eine ausreichende Finanzierung der Kommunen über den Bund und
78 eine Aussetzung der Schuldenbremse. Flüchtlingsunterkünfte müssen den familiären Zusammenhalt
79 gewährleisten, die müssen Rückzugsmöglichkeiten bieten, sowie sozialpädagogische und psychologi-
80 sche Betreuung gewährleisten. Zudem ist es eine staatliche Aufgabe, die Unterkünfte vor rassisti-
81 schen Übergriffen zu schützen. Eine Privatisierung dieser staatlichen Aufgabe lehnen wir ab, die Poli-
82 zei muss für die Wahrnehmung dieser Aufgabe mit einer ausreichenden Personaldecke ausgestattet
83 werden.

84 Um die Integration und Teilhabe von Geflüchteten zu verbessern, sind barrierefreie und faire Zugän-
85 ge zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt unerlässlich. Wir fordern die Einstellung von diskriminie-
86 render Praktiken wie der Vorrangsprüfung und der Wartezeiten für die Aufnahme von Ausbildung
87 und Arbeit. Die Anerkennung schulischer, universitärer und beruflicher Qualifikationen aus den Her-
88 kunftsländern der Geflüchtete, stellt eine große Herausforderung dar, die möglichst unbürokratisch
89 gelöst werden muss. Wir fordern deshalb, dass die Instrumente zur frühzeitigen Kompetenzfeststel-
90 lung weiterentwickelt werden. Insbesondere bei Anerkennungsverfahren nach dem Anerkennungs-

91 gesetz für im Ausland erworbene Qualifikationen, fordern wir eine Kostenübernahme durch den zu-
92 ständigen Leistungsträger (z.B. Sozialbehörde oder Jobcenter).

93 Da in Deutschland und Österreich die allgemeine Vollzeit- und Berufsschulpflicht gilt, sind auch ge-
94 flüchtete Kinder und Jugendliche, die sich bei uns aufhalten, schulpflichtig. Um dieses Recht auf
95 schulische Bildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche umzusetzen, muss ein Weg gefunden wer-
96 den, die Hürde fehlender Sprachkenntnisse und das Fehlen schulischer Zeugnisse aus den Herkunftslän-
97 dern zu überwinden. Schulen, die Flüchtlingskinder aufnehmen wollen kommen zurzeit an ihre
98 personellen und Räumlichen Kapazitäten; Lehrer_innen und die wenigen Schulsozialarbeiter_innen
99 an ihre pädagogischen Grenzen. Wir fordern deswegen, alle Schulen, die Flüchtlingskinder unterrich-
100 ten mit zusätzlichen Lehrkräften auszustatten, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrich-
101 ten können, sowie muttersprachliche Mittler_innen und mehr Schulsozialarbeiter_innen einzusetzen.
102 Zudem muss es gewährleistet werden, dass auch jugendliche Geflüchtete beziehungsweise junge
103 Erwachsene, die nicht mehr der allgemeinen Vollzeitschulpflicht unterliegen, die Möglichkeit zum
104 Schulbesuch bekommen.

105 Damit Geflüchtete schnellst- und bestmöglich am öffentlichen Leben in Deutschland und Österreich
106 teilhaben können, fordern wir dass das Angebot an staatlichen Sprachkursen deutlich ausgebaut
107 wird, damit es allen Geflüchteten – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus – zur Verfügung steht.
108 Es muss dabei ebenfalls dafür gesorgt werden, dass die Arbeit der Lehrkräfte in den so genannten
109 „Integrationskursen“ angemessen vergütet und durch Anhebung des Mindesthonorars der Einstieg in
110 qualifikationsadäquate Festanstellungsverhältnisse geebnet wird.

111 Auch Jugendverbände leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration junger Geflüchteter. Hierzu
112 müssen zusätzliche finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um die Partizipation junger
113 geflüchteter leichter möglich zu machen.

114 3. Geflüchtete am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

115 Laut dem IAB Kurzbericht 1/2015 sind 55 Prozent der Geduldeten in Deutschland jünger als 30 Jahre.
116 17.000 von ihnen leben seit mehr als sechs Jahren in Deutschland und haben das deutsche Schulsys-
117 tem besucht. Die Gewerkschaftsjugend fordert für junge Geduldete einen elternunabhängigen siche-
118 ren Aufenthalt zur Durchführung einer beruflichen Ausbildung und zur anschließenden Arbeitssuche.
119 Zurzeit entscheiden die Ausländerbehörden nach eigenem Ermessen über die Dauer der gewährten
120 Duldungen, wobei die Höchstdauer 12 Monate beträgt und danach verlängert werden kann. Dies
121 führt zu einer dauerhaften Unsicherheit für die Jugendlichen und (potenzielle) Ausbildungsbetriebe.

122 Darüber hinaus fordern wir – unabhängig vom Aufenthaltsstatus – die Möglichkeit für Geflüchtete
123 eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen bzw. erfolgreich abschließen zu können. Erhält ein
124 Flüchtling einen Studien- oder Ausbildungsplatz soll ihm/ihr ein Bleiberecht für die gesamte Ausbil-
125 dungszeit, sowie nach erfolgreichem Abschluss, ein dauerhaftes Bleiberecht bundesweit zugesichert
126 werden. Ebenfalls fordern wir einen gleichberechtigten Zugang zu den arbeitsmarktpolitischen För-
127 dermöglichkeiten: die Teilnahme an ausbildungsbegleitenden Hilfen oder der Assistierte Ausbildung
128 muss für Geflüchtete ebenso möglich sein wie die verzögerungsfreie Inanspruchnahme von Berufs-
129 ausbildungsbeihilfen und Leistungen gemäß des BaföGs.

130 Wir finden es in der aktuellen Situation äußerst bedenklich, dass Arbeitgeber-, Unternehmensver-
131 bände, deren Branchen für schlechte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen bekannt sind, nun be-
132 sondern laut nach der Arbeitskraft von Geflüchteten rufen. In diesem Zusammenhang müssen für
133 Geflüchtete auch Ausbildungswechsel möglich sein. Ausbildungsabbrüche dürfen nicht automatisch
134 zur Abschiebung führen. Geflüchtete brauchen hier in Deutschland Schutz – auch vor Ausbeutung
135 und prekärer Beschäftigung. Es darf nicht sein, dass Arbeitgeber die aktuelle Flüchtlingssituation
136 missbrauchen, um Lohndumping zu betreiben. Besonders Forderungen nach der Aufhebung des

137 Leiharbeitsverbots oder der Herabsenkung des Mindestlohns und die Herabsenkung von Standards
138 auch für andere Beschäftigungsarten (z.B. Praktika und Freiwilligendienste) für Asylbewerber_innen
139 und Geduldete lehnen wir entschieden ab, weil damit neue Missbrauchsmöglichkeiten entstehen, die
140 zu einer weiteren Spaltung des Arbeitsmarktes und der Arbeitnehmer_innenschaft führen würden.
141 Zwar sind Praktikaverhältnisse von weniger als drei Monaten vom Mindestlohn ausgenommen. Poli-
142 tik, Ordnungsbehörden und Kammern haben jedoch durch Überwachung sicherzustellen dass, kei-
143 nerlei Missbrauch zu Ungunsten der Beschäftigten stattfindet. Wir unterstützen ausdrücklich sämtli-
144 che integrationsfördernde Maßnahmen in den Arbeitsmarkt, wie z.B. die Erweiterung von
145 tarifvertraglichen Regelungen für Geflüchtete.

146

147

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160 Florian Haggenmiller

Sascha Ernszt

161 DGB-Bundesjugendvorsitzender

ÖGB-Bundesjugendvorsitzender